

3
4
5
6
7
8
9

**Antrag an die außerordentliche Tagung des 1. Landesparteitages
der Partei DIE LINKE. Sachsen-Anhalt am 25. April 2009**

10 **„Original sozial“ am 7. Juni 2009 in Sachsen-Anhalt**

11
12
13
14
15
16
17
18
19

Am 7. Juni 2009 finden zwei entscheidende Wahlen statt. Zum einen wird ein neues europäisches Parlament gewählt, in dem DIE LINKE hoffentlich stark vertreten ist. Zum anderen findet der Großteil der Wahlen zu den Gemeinderäten und Ortschaftsräten in Sachsen-Anhalt statt. Darüber hinaus werden die Kreistage der beiden Altmarkkreise sowie die Stadträte in Magdeburg und Halle neu gewählt. Wir wollen durch unsere Schwerpunkte auf eine solidarische und gerechte Politik möglichst viele Bürgerinnen und Bürger motivieren, sich an den Wahlen und damit an den Entscheidungen über ihre Zukunft zu beteiligen.

20
21
22
23
24
25
26

Diese Wahlen finden in einer Zeit tiefgehender Umbrüche statt. Zum einen erschüttert die Krise des Kapitalismus in seiner neoliberalen Ausprägung gesellschaftliche Strukturen und stellt sicher geglaubte Perspektiven substantiell in Frage. Plötzlich ist der Staat und damit auch seine Basis, die kommunale Ebene, selbst von denen gefragt, die noch vor kurzem die Privatisierung aller Lebensbereiche als ideologisches Dogma verkauften.

27
28
29
30

Zum anderen sind die Auswirkungen des demografischen Wandels inzwischen für jeden deutlich sichtbar geworden. Die Unterschiede zwischen den Regionen in Sachsen-Anhalt nehmen weiter zu. Abwanderung und Geburtendefizite werden vielfach als reale Bedrohung des Gemeinwesens wahrgenommen.

31
32
33
34
35

In dieser Situation werden die gemeindlichen Strukturen einer grundlegenden Reform unterzogen, die in vielen Teilen des Landes inhaltlich kritisiert wird. Darüber hinaus erzeugt sie aufgrund der in sich widersprüchlichen Konzeption erhebliche Unsicherheiten bei den Aktiven vor Ort.

36
37
38
39
40
41
42

Gerade deshalb ist es aber wichtig, dass DIE LINKE als diejenige Partei,
– welche die Ursachen der Krise als einzige politische Kraft bereits vor ihrem Eintreten offengelegt und Alternativen vorgeschlagen hat,
– die bereits langfristig auf die Faktoren aufmerksam gemacht hat, die Abwanderung und Geburtendefizit befördern,
– die ein vernünftiges, in sich geschlossenes Konzept zur Gemeindestrukturereform ausgearbeitet und propagiert hat,

43
44
45

offensiv und selbstbewusst in die Wahlen geht.

46 **Für den Politikwechsel - hier und in Europa!**

47

48 Europa und die Kommunen sind inzwischen auf das Engste miteinander verbunden.

49 Energie- und Wasserversorgung, Arbeitszeitrichtlinien, Verbraucherschutz und

50 Rahmenbedingungen für die Landwirtschaft haben konkrete Auswirkungen auf die

51 Situation vor Ort. DIE LINKE setzt sich für gleichwertige Lebensverhältnisse für alle

52 Menschen in Sachsen-Anhalt und in Europa insgesamt ein.

53 DIE LINKE will eine europäische Verfassung, die sich zu zivilen Konfliktlösungen und

54 Abrüstung verpflichtet, eine Verfassung, die Demokratie und Menschenrechte für alle

55 verankert, eine Verfassung, die die Umwelt und Kultur schützt, eine Verfassung, die in

56 ihren Aussagen wirtschaftspolitisch neutral ist und soziale Rechte verankert, um

57 Armut und Ausgrenzung zu verhindern. Unser Nein zum Vertrag von Lissabon war die

58 Ablehnung von ungebremster Deregulierung, Militarisierung und aggressiver

59 Abschottungspolitik.

60

61

62 **I. Kommunalpolitik – ein Markenzeichen der LINKEN**

63

64 DIE LINKE hat als einzige Partei in Sachsen-Anhalt ein **Konzept zur räumlichen**

65 **Gliederung der öffentlichen Daseinsvorsorge** vorgelegt. Heute schon müssen die

66 Weichen gestellt werden, um Lebensqualität und öffentliche Infrastruktur im Land zu

67 erhalten – sowohl für eine immer älter werdende Bevölkerung als auch für die

68 Bedürfnisse von Familien, Berufseinsteigern und Studierenden. Gleichwertige

69 Lebensverhältnisse in ganz Sachsen-Anhalt sind unser politisches Ziel im

70 Kommunalwahlkampf, umgesetzt auf drei Verwaltungsebenen. 1. Wir bekennen uns zu

71 den 5 Planungsregionen in Sachsen-Anhalt, die jede mit einem Träger für

72 „oberzentrale Funktionen“ ausgestattet sein müssen. Das sind für uns neben

73 Magdeburg, Halle und Dessau-Roßlau auch Halberstadt und Stendal. 2. Wir vertreten

74 die Position, dass die „Mittelzentren“ im Land Sachsen-Anhalt das Rückgrat der

75 öffentlichen Daseinsvorsorge darstellen. Auch hier schlagen wir eine Erweiterung vor –

76 um die Städte Querfurt, Gardelegen und Havelberg. 3. Die zukünftigen Einheits- und

77 Verbandsgemeinden sollen in unseren Vorstellungen als „grundzentrale

78 Versorgungsräume“ mehr Eigenverantwortung bekommen.

79

80 **Der Dreh- und Angelpunkt kommunaler Selbstverwaltung sind die finanziellen**

81 **Ressourcen einer Kommune** und die Entscheidungsmöglichkeiten der gewählten

82 Vertreter. In diesen Fragen hat die Koalition von CDU und SPD in Sachsen-Anhalt eine

83 fast unerträgliche Situation entstehen lassen. Die einseitige Konsolidierung des

84 Landeshaushaltes auf Kosten der Kommunen hat dazu geführt, dass die größeren

85 Kommunen fast ausnahmslos defizitäre Haushalte besitzen und unter die

86 Kommunalaufsicht gestellt werden. DIE LINKE weiß, ohne gerechte Steuerpolitik im

87 Bund wird sich diese Situation nicht verbessern lassen.

88 Wir machen Druck für das finanzielle Umsteuern, nur so kann Demokratie vor Ort

89 wirklich gelebt werden.

90 Auf Landesebene haben wir uns dazu verständigt, dass es zumindest keine weitere
91 Verschlechterung bei den Finanzaufweisungen des Landes an die Kommunen geben
92 darf. Darüber hinaus treten wir im Interesse der kommunalen Selbstverwaltung für
93 eine möglichst pauschale Zuweisung kommunaler Mittel ein.

94

95

96 **II. Für ein linkes Profil in der Kommunalpolitik**

97

98 DIE LINKE tritt in den Kommunen nicht zum Selbstzweck an. Wir wollen den Wählern
99 ein klares inhaltliches Angebot unterbreiten, auf das sie sich verlassen können, egal,
100 wann und wo sie die Kandidaten unserer Partei wählen.

101

102 **1. DIE LINKE ist die Partei der öffentlichen Daseinsvorsorge**

103 Ein Zuhause ist mehr als eine Adresse, ein Zuhause braucht Strom und Wasser, Bus
104 und Bahn, KiTa und Schulen, Theater und Bibliothek, Krankenhaus und Apotheke. Die
105 öffentliche Daseinsvorsorge muss abgesichert und bezahlbar bleiben. Dafür benötigen
106 wir die Wahrung und den Ausbau von politischen Einflussmöglichkeiten auch über
107 kommunales Eigentum. Der Verkauf von Krankenhäusern oder
108 Wohnungsgesellschaften scheint manchmal der letzte Ausweg aus einer
109 existenzbedrohenden Haushaltsnotlage zu sein. Wir wissen jedoch um die fehlende
110 Nachhaltigkeit solcher Befreiungsschläge und suchen in kommunaler Verantwortung
111 nach zukunftsfähigen Alternativen.

112

113 **2. DIE LINKE ist die Partei der demokratischen Mitbestimmung**

114 DIE LINKE setzt sich überall für die größtmögliche Transparenz kommunaler
115 Entscheidungsprozesse ein. Wir halten weiterhin an der Erprobung beispielsweise von
116 Bürgerhaushalten fest und unterstützen die Anwendung von Bürgerentscheiden. Die
117 größte Gefahr für demokratische Mitbestimmung ist der menschenverachtende
118 Rechtsextremismus. Die Kandidaten rechtsextremer Parteien und deren
119 Organisationen werden auch bei dieser Kommunalwahl versuchen, mit ihrer Ideologie
120 Anknüpfungspunkte bei enttäuschten Bürgerinnen und Bürgern, insbesondere bei
121 Jugendlichen, zu finden. Wir als LINKE werden alles daran setzen, diese Kräfte politisch
122 zu isolieren und setzen uns offensiv mit diesen Ideologien auseinander. Die Würde
123 eines jeden Menschen ist unantastbar. Dies bleibt Grundlage unseres Handelns.

124

125 **3. DIE LINKE ist die Partei der sozialen Verantwortung**

126 DIE LINKE akzeptiert auf keiner Ebene die zunehmende Polarisierung in Arm und Reich
127 in unserer Gesellschaft. Mit dem Antikrisenprogramm der LINKEN „Schutzschirm für
128 Menschen“ liegt ein sozial gerechtes Programm gegen die Krise vor. Auf der
129 kommunalen Ebene lassen sich zwar Hartz IV-Gesetze und das Fehlen eines
130 gesetzlichen Mindestlohns nicht aufheben, trotzdem ist der Einsatz gegen soziale
131 Ausgrenzung auch in der Kommune Kernstück unserer Politik. Dazu zählen
132 Forderungen im Bereich der kommunalen Entscheidungen zur Umsetzung des SGB II
133 genauso wie die Unterstützung von Beratungs- und Hilfsstrukturen und von
134 Selbsthilfeeinrichtungen in den Kommunen.

135 Wir setzen uns für einen barrierefreien Zugang zu allen sozialen und kulturellen
136 Bildungsangeboten in den Kommunen ein. Hier liegt für uns ein wichtiger Schlüssel für
137 eine gerechte Teilhabe aller BürgerInnen an der Nutzung und Gestaltung ihres sozialen
138 Umfeldes und für ein selbstbestimmtes Leben in Würde.

139

140 **4. DIE LINKE ist die Partei, die Zukunft denkt**

141 Immer mehr Kinder und Jugendliche leben in Armut. Dies ist einer der größten
142 Skandale unserer Gesellschaft und muss sich ändern. Die optimale Förderung aller
143 Kinder und Jugendlichen ist auch ein Anliegen unserer kommunalen Vertreterinnen
144 und Vertreter. Dazu zählen die besondere Unterstützung vielfältiger Angebote der
145 Kinder- und Jugendarbeit vor Ort genauso wie kommunale Initiativen zur Unterstützung
146 beispielsweise eines kostenfreien Mittagessens oder kostenfreier Schülerbeförderung
147 im Bereich der Sekundarstufe II.

148

149 **5. DIE LINKE ist die Partei der Bildung, die ankommt**

150 Einer der wichtigsten kommunalen Entscheidungsbereiche betrifft die
151 Schulentwicklungsplanung. DIE LINKE befördert in den Kommunen alle Ansätze, die
152 eine integrative Beschulung ermöglichen. Wir versuchen, Standortentscheidungen
153 nicht nach Einspareffekten, sondern im Interesse bestmöglicher
154 Ausbildungsbedingungen aller betroffenen Schülerinnen und Schüler zu gestalten.

155

156 **6. DIE LINKE ist die Partei der Kultur in der Kommune**

157 Kommunale Kultureinrichtungen sind gerade in Zeiten gesellschaftlicher Umbrüche
158 wichtige Haltepunkte der Zivilgesellschaft und der gesellschaftlichen Solidarität. Als so
159 genannte freiwillige Aufgaben geraten sie jedoch immer stärker unter den Druck von
160 Haushaltskonsolidierungen. Die Schließung kultureller Einrichtungen bringt nur
161 kurzfristige Ersparnisse, zieht aber erhebliche Folgekosten nach sich. Dies betrifft
162 sowohl den Verlust von Identität und damit von Lebensqualität und der dadurch
163 verstärkten Abwanderung. Kulturvolle Kommunikationsmöglichkeiten sind für die
164 Weiterentwicklung einer demokratischen Gesellschaft unabdingbar ist.

165

166 **DIE LINKE tritt als die Partei der sozialen Gerechtigkeit zu den Europa- und**
167 **Kommunalwahlen 2009 in Sachsen-Anhalt an. Wir haben machbare**
168 **Alternativen für das politische Umsteuern - hier und in Europa. Dafür brauchen**
169 **wir jede einzelne Wählerinnen- und Wählerstimme.**